



## **Bundesweiter Protest gegen das Sparpaket Seniorenvertretungen schließen sich an**

Das geplante Sparpaket der CDU-FDP-Koalitionsregierung stößt nicht nur bei der Opposition auf massive Kritik, sondern wird auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund, vom Deutschen Sozialverband, von Wirtschaftsforschern, vom Steuerzahlerbund und selbst aus den eigenen Reihen der Union in der jetzigen Form abgelehnt, weil die Verteilung der Lasten sozial unausgewogen und nicht generationengerecht sei. Auch Brüssel steht vorerst den deutschen Sparplänen skeptisch gegenüber, aber wohl weniger wegen des Ungleichgewichts bei der Lastenverteilung, sondern eher, weil die EU-Kommission den Umfang der Sparmaßnahmen als zu gering erachtet. Demonstrationen in vielen deutschen Städten drücken den Unmut der Bürger/-innen aus. Auch Landessenioren-Vertretungen haben sich den Protesten angeschlossen.

Die Landessenioren-Vertretung Bremen sieht die Notwendigkeit und die Überfälligkeit von Sparmaßnahmen, lehnt jedoch das jetzt geplante Sparpaket der Regierungskoalition ab, weil versucht wird, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen, und deshalb ein teils unausgegorenes und unfaires Konzept zustande gekommen ist.

In erster Linie trifft das geplante Sparpaket die Armen und Schwachen und schont Konzerne, Manager und die besonders Wohlhabenden. Zu einem ausgewogenen Sparpaket gehört, dass alle gesellschaftlichen Gruppen sich in ihren Ansprüchen einschränken und Sparmaßnahmen hinnehmen müssen und in die Verantwortung für unser Land genommen werden. Dazu sollte außerdem sorgfältig und überlegt mit Zukunftsinvestitionen umgegangen werden.

Wer u.a. auf die dringend nötigen und seit Jahren geforderten Subventionskürzungen weitgehend verzichtet, eine Extrasteuer für Atomkraftwerke einführt, ohne abzusichern, dass diese nicht zu Lasten der Verbraucher geht, keine kurzfristige und genaue Terminierung für die Transaktionssteuer der Banken vornimmt, weiterhin die Steuerermäßigung für Hoteliers billigt, die Spitzensteuersätze nicht anhebt und keine Vermögenssteuer einrichtet, die Rentenzahlung für Hartz IV-Empfänger aufhebt und das Elterngeld kappt, der verkauft die Bevölkerung für dumm, wenn er behauptet, wie geschehen, eine historische Meisterleistung vollbracht zu haben.

Die Landessenioren-Vertretung Bremen sieht in diesem unreifen Sparpaket keine Chance, das Wachstum des Schuldenbergs zu bremsen, sondern eher den Effekt einer weiteren Polarisierung unserer Gesellschaft. Wir fordern eine gründliche, sozial und zukunftsorientiert ausgewogene Überarbeitung des Sparpakets. Wir haben alle Landessenioren-Vertretungen gebeten, sich unserem Protest und unserer Forderung anzuschließen.

Auch die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landessenioren-Vertretungen (BAG LSV) in Berlin, Helga Walter, hat Anfang Juni in Schreiben an die Bundeskanzlerin, an Bundesminister und Bundestagsabgeordnete ihre große Enttäuschung darüber ausgedrückt, dass mit diesem Sparpaket die Spaltung unserer Gesellschaft voran getrieben wird. Es sei unerklärlich, warum für Menschen mit geringem Einkommen immer wieder Sparvorschläge erdacht werden, während man die Großverdiener verschone. Es scheine bei vielen Politikern die Kenntnis der tatsächlichen Lebenswelt zu fehlen. Sie

### Bundesweiter Protest

(Fortsetzung von Seite 1)

fordert, den Parteienstreit zu vergessen und sich stattdessen mehr um die Probleme der Menschen zu kümmern, und erinnert an die Pflicht der gewählten Volksvertreter/-innen, sich für den sozialen Frieden im Lande und für das Wohl aller Bürger/-innen einzusetzen.

Wir hoffen, dass die Regierungskoalition die Stärke besitzt, Fehler einzugestehen und zu korrigieren.

Zur Erinnerung und zum Nachdenken:

*„Der Irrsinn ist bei Einzelnen etwas Seltenes, aber bei Gruppen, Parteien, Völkern, Zeiten die Regel.“*

(Friedrich Nietzsche, Jenseits von Gut und Böse)



**Zur Diskussion  
gestellt  
von  
Gerd Feller**

### So kann es nicht weitergehen!

Die Explosionskatastrophe der BP-Ölbohrinsel "Deepwater Horizon" liegt inzwischen mehr als zwei Monate zurück, und immer noch sprudelt das Öl ungehemmt in den Golf von Mexiko, verseucht das Meerwasser, zerstört großflächig Küstenlandschaften, vernichtet die regionale Meerestierwelt und nimmt vielen Menschen der Us-amerikanischen Golfregion wichtige Lebensgrundlagen.

Warum sollte sich die Seniorenvertretung mit einem solchen Thema beschäftigen? Der Ort der Katastrophe ist zwar mehrere tausend Kilometer entfernt, und vorläufig scheinen die Europäer nicht davon betroffen zu sein. Aber wie man mit ihr umgeht, das ist beispielhaft und sollte uns alle zum Nachdenken bringen, auch die Seniorengeneration. Wir müssen uns fragen, ob wir nicht schon zu lange diese Art des Umgangs mit unserem Lebensraum geduldet haben.

- Die Nutzung natürlicher Ressourcen fängt an mit großmundigen Beteuerungen, das Risiko sei gering und man habe die Technik im Griff. Politik und die Mehrheit der Bürger schweigen und spielen mit; denn es lockt der wirtschaftliche Gewinn, und die Drohungen mit Arbeitsplatzverlust beeinträchtigen zusätzlich die Vernunft. Umweltaktivisten haben zu diesem Zeitpunkt kaum eine Chance, ein kritisches Vorausdenken und ein sehr gut abgesichertes Vorgehen zu bewirken. Fragwürdige Kompromisse bestimmen die Entscheidungen.
  - Tritt die Katastrophe ein, breiten sich in allen Zuständigkeitsbereichen trotz vorausgehender Risikobereitschaft das große Entsetzen, Jammern und Mitleidsbekundungen aus.
  - Es folgen teils vage Versprechen der Verursacher und politisch Verantwortlichen, alles zur Rettung zu tun und schnelle Hilfe für die Betroffenen zu leisten. Meistens werden dabei aber zukunftssträngige Folgerungen hinsichtlich nachhaltiger Schutzmaßnahmen ausgespart. Die schnelle Bewältigung der Krise könnte ja klappen, und dann lässt sich so weiter agieren und verdienen wie bisher.
  - Treten jedoch Schwierigkeiten und Verzögerungen auf, versucht man die Öffentlichkeit erst einmal ruhig zu stellen, indem angeblich effektive technische Möglichkeiten diskutiert und eventuell auch eingesetzt werden, allerdings vorsichtig, sonst drohen die Kosten zu stark anzusteigen.
  - Klappen die Rettungsversuche nicht, wird ein Sündenbock bestimmt, wie in unserem aktuellen Fall der Spitzenmanager von BP, Tony Hayward. Allerdings verhält er sich auch so, wie es anscheinend bei Spitzenmanagern von Wirtschaftsunternehmen üblich geworden ist. Man redet viel herum, versucht, das Geld zusammenzuhalten, gibt sich gelassen und taucht ab; Hayward geht auf Segeltörn. Da muss er sich nicht wundern, dass die Öffentlichkeit in den USA empört reagiert. Partnerfirmen gehen auf Distanz, obgleich sie vorher kräftig mitverdienen wollten. Jeder, der einen Fuß in der Sache hat, ist jetzt bemüht, aus der Mitverantwortung und Beteiligung am Schadensersatz herauszukommen.
  - Der aktuelle Fall "Ölpest" hat sich leider derart entwickelt, dass sich nun die Rat-
- (Fortsetzung auf S.3)

## So kann es nicht weitergehen!

(Fortsetzung von Seite 2)

und Hilflosigkeit nicht mehr verbergen lässt. Man hofft wenigstens langfristig auf Erfolg und externe technische Unterstützung. Gelingt das nicht, bleibt nur noch das Warten auf ein Wunder.

- Der letzte Schritt der Ölkatastrophe ist noch nicht getan, aber wir wissen von Tschernobyl, wie er wahrscheinlich aussieht: Glücklich ist, wer vergisst! Bloß nichts lernen, sondern weitermachen wie bisher.

Die Umweltzerstörungen und die Leiden der Menschen durch schwere Umweltkatastrophen geraten leider schnell in Vergessenheit. Geldgier und technische Hybris kennen weiterhin keine Zweifel. Der Spruch, es müsse immer erst ein Unglück geschehen, bevor sich etwas ändert, besitzt keine allgemeine Gültigkeit. Es ändert sich nichts Wesentlichen.

Wir Seniorinnen/Senioren nehmen schon lange an den Vorteilen des risikoreichen Umgangs mit Naturressourcen teil, und es würde auch nicht jedem von uns leicht fallen, in Zukunft auf gewohnte Annehmlichkeiten zu verzichten. Aber wir sollten auch im Interesse unserer Kinder und Enkel darüber nachdenken, wie sich z.B. ein solcher Unfall in der Nordsee auf unseren unmittelbaren Lebensraum auswirken könnte. Und als Bremer sollten wir uns nicht nur mit dem Öl beschäftigen, sondern auch mit der geplanten Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Der alte Meiler Esenshamm (seit 32 Jahren am Netz, etliche Leckagen) liegt vor unserer Tür. Der Bremer Senat hat zwar eine Bundesratsinitiative zum Atomgesetz beschlossen, aber da geht es um Länderrecht, weniger um grundsätzliche Klärung des Umgangs mit der Atomkraft. Wir stehen in der Verantwortung, uns einzumischen, und sollten z.B. strengere Sicherheitsanforderungen bei Offshore-Bohrungen und Atommüll-Lagerstätten fordern und uns gegen eine Verlängerung der Laufzeiten alter Atomkraftwerke aussprechen.

## Seniorenforum

### Grundrecht aufs DICKSEIN?

Da wird augenblicklich ein Grundrecht aufs Dicksein diskutiert. Aber darum geht es doch gar nicht. Selbstverständlich dürfen die Bürger so ungesund essen und trinken, wie sie es wollen. Doch es gibt dabei auch ein "Aber".

Bei dieser Problematik verkenne ich nicht den kleinen Geldbeutel vieler Menschen; denn das Problem der verkehrten Ernährung kann auch mit der Not zusammenhängen, nur billigste und qualitätsmindernde Nahrungsmittel einkaufen zu können. Das Problem ist auch nicht lösbar durch viele Anreize für ein gesundes Leben. Der Präventionsgedanke spielt durchaus im deutschen Gesundheitssystem eine Rolle, zumindest bei den großen Gesetzlichen Krankenversicherungen, aber vordergründig aus ganz anderen Erwägungen heraus.

Bei Krankheiten mit gefährlichen Nachwirkungen sind kurzfristig - auch bei intensivstem Beginn von flächendeckenden Präventionsmaßnahmen - Ausgabenexplosionen im Gesundheitswesen nicht mehr zu vermeiden. Übergewichtigkeit gehört dazu. Da die Gesellschaft realistisch wenig Einfluss auf Entwicklungen der Profite der Nahrungsmittelindustrie nehmen kann, sind politische Beschlüsse unumgänglich, die auf den ersten Blick nicht sehr populär sein dürften. Es hat nichts mit Gesundheitsdiktatur zu tun, wenn der "Souverän" für Kitas bestimmt, spielend Ernährungs- und Bewegungslehre überall verpflichtend einzuführen, und diese Eltern dazu verpflichtet, zweimal im Jahr an einem Abend an einem Kursus für Ernährungslehre teilzunehmen. Bei Nichterscheinen sollten drastische Kita-Strafbeiträge auferlegt werden. Für Schüler und Schülerinnen sollte man für alle Schuljahre ein Pflichtfach Ernährung und Bewegung einrichten. Bildung setzt ein (Um)Denken der gewohnten Ernährung und des Bewegungsmangels voraus. Selbst über Zwangsregularien für Versicherte nach Erreichung der Volljährigkeit sollte der Gesetzgeber nachdenken und sich Modelle erarbeiten lassen, die bei Nichtbefolgen an den Geldbeutel des Einzelnen gehen.

Günter Steffen, Lemwerder  
[www.guenter-steffen.de](http://www.guenter-steffen.de)

### Schuldenfalle

Sie begann vor ca. 50 Jahren. Der erste Bundesfinanzminister, Fritz Schäffer, verfolgte eine Politik des knappen Geldes (Rücklagen im sogenannten Julius-Turm\*) und damit Geldwertstabilität. Danach begann die Zeit der Wahlgeschenke, und jede folgende Regierung gab mehr Geld aus, als sie einnahm. Der heutige Schuldenstand hat eine astronomische Zahl erreicht. Ohne einschneidende Reduzie-

(Fortsetzung auf Seite 4)

## Schuldenfalle

(Fortsetzung von Seite 3)

rungen der Ausgaben wird nicht einmal ein ausgeglichener Haushalt aufgestellt werden können. Der Abbau der Altschulden wird auf Enkel und Urenkel übertragen und nur durch eine weitere Währungsreform möglich sein. Diese Situation haben Politiker, nicht die Bürger/-innen unseres Staates zu verantworten.

Jetzt, wo das Kind bereits im Brunnen ertrunken ist, kommt ein sogenannter Befreiungsschlag. In dieser Situation das Wort „Sparen“ zu verwenden ist falsch. Kein Euro wird gespart und zur Seite gelegt. Ein langfristiges Konzept, wie sich unser Land aus der Schuldenfalle befreien könnte, ist nicht zu erkennen.

Wie wäre es, wenn die Berufspolitiker in Bund, Ländern und Kommunen auf den Gedanken kämen, ihre Zahl zu reduzieren? Dort herrscht eine Überversorgung, d.h. Doppelbezüge, überzogene Altersrenten und Aufblähung von Posten. Es gibt viel zu große Parlamente. Das Schuldenproblem würde dadurch nicht gelöst, aber es käme beim Wähler besser an, und vielleicht ließen sich dann auch die ihm ständig abgeforderten Einsparungen etwas leichter ertragen. Eine solche Aktion könnte auch dazu beitragen, den zunehmenden Vertrauensverlust bei Bürgern/Bürgerinnen zu dämpfen.

1992 geißelte Bundespräsident Richard von Weizsäcker die fehlende Reformbereitschaft der politischen Parteien. Er warf ihnen Allmachtsstreben vor. Horst Köhler schloss sich diesem Vorwurf an. Was hat sich geändert? Nichts! Die Diskussionen der Parteien drehen sich weiterhin mehr um ihre eigenen Schwierigkeiten, um Machterhalt, Postenbesetzungen, Rechthaberei, Realitätsverlust, anstatt der Pflicht nachzukommen, alles für das Wohl des Staates und seiner Bürger/-innen zu tun. Jürgen Meyer, Oytén

( \* So wurden die zwischen 1952 und 1956 bei der Bundesbank angesammelten Kassenüberschüsse bezeichnet, nach einem Turm der ehemaligen Spandauer Zitadelle, wo einst der Reichskriegsschatz von 1871 in Goldmünzen aufbewahrt wurde.)

Das **Seniorenforum** ist eine Rubrik, die allen interessierten Mitgliedern der Seniorengeneration die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen und Gedanken vorzutragen. Die Beiträge werden von der Redaktion aus den Zuschriften ausgewählt, können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser wieder. Voraussetzung für die Veröffentlichung ist, dass der Name des Autors genannt wird und dessen postalische Adresse vorliegt. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

## Informationen aus dem Gesundheitswesen

### Defizit von 11 Milliarden bei den Krankenkassen muss 2011 beseitigt sein

Unter Federführung des Bundesgesundheitsministers Philipp Rösler tagen gegenwärtig bis Anfang Juli Fachpolitiker und Experten aus dem Ministerium, wie das in 2011 auftretende Defizit bei den Gesetzlichen Krankenkassen verhindert werden kann. Durchgesickert sind gegenwärtig u.a. folgende Überlegungen:

Höhere Beiträge der Versicherten. Der gesetzlich gültige 1% Zusatzbeitrag des Haushaltseinkommens soll gekippt werden und dafür ein einheitlicher Zusatzbeitrag bis zu 30 Euro monatlich - von der FDP weiterhin als Gesundheitsprämie benannt - ggf. aber auch ohne Benennung - vorgesehen sein.

Die Praxisgebühr von 10 Euro vierteljährlich soll entfallen und dafür eine Arztbesuchspauschale von 5 Euro vorgesehen werden. Sehr empfohlen von fachärztlichen Kreisen, nicht aber befürwortet von den Hausärzten.

Im Gespräch sind weiter eine Kürzung vorgesehener Honorarsteigerungen niedergelassener Ärzte, Vergütungsnullrunden für Krankenhäuser trotz sich auswirkender Tarifsteigerungen des Personals und ein Apothekenabschlag für die Krankenkassen pro Packung von 35 Cent (bisher 1,75 Euro).

Die Verhandlungsrunden gehen weiter. Weitere Kürzungsabsichten sind im Gespräch.

Günter Steffen, Lemwerder

### 16. Kongress Armut und Gesundheit

**Ort:** Rathaus Schöneberg, 10820 Berlin, John-F.-Kennedy-Platz

**Datum:** 03./04.12.2010

**Uhrzeit:** 8.30-18.00 Uhr (Fr.) und 9.00-14.00 Uhr (Sa)

Jeder zehnte Mensch in Deutschland ist arm, und Armut macht krank! Sozial benachteiligte Menschen haben ein mindestens doppelt so hohes Risiko zu erkranken, Opfer von Unfällen zu werden oder von Gewalt betroffen zu sein. Die Lebensqualität wird durch Armut wesentlich gemindert. Im Durchschnitt sterben arme Menschen sieben Jahre früher.

(Fortsetzung auf Seite 5)

## 16. Kongress Armut und Gesundheit

(Fortsetzung von Seite 4)

Auf dem jährlich von "Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V." organisierten Kongress "Armut und Gesundheit" werden Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Versorgung bei sozial Benachteiligten diskutiert. Schwerpunktthema ist in diesem Jahr die Frage, welche Potenziale das Konzept der Verwirklichungschancen für die Gesundheitsförderung und Prävention birgt.

Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer/innen ist gewährleistet. Aktuelle Informationen (Anmeldung, Programmhefte) finden Sie auf unserer Kongress-Seite im Internet: [www.armut-und-gesundheit.de](http://www.armut-und-gesundheit.de)

### Palliativkongress

Am **25./26. März 2011** findet der **7. Bremer Palliativkongress** in der **Bremer Glocke** statt.

Die entsprechenden Anschreiben und das Programm werden folgen. Alles Weitere wird dann ins Netz gestellt.

Wem ein ganz bestimmtes Thema unter den Fingern brennt, bitte unbedingt jetzt mitteilen, damit die Organisatoren sehen können, ob es bereits in die Vorplanung passt.

Dr. med. Hans-Joachim Willenbrink  
Chefarzt der Klinik für Palliativmedizin und Schmerztherapie  
Klinikum Links der Weser  
Senator-Wessling-Str. 1  
28277 Bremen  
Tel.: 0421 8791787  
FAX: 0421 8791463

### Broschüre "Die richtige Schmerztherapie"

Die Aktion "Schmerz 60+", deren Ziel es ist, die neuen Erkenntnisse zur Schmerztherapie älterer Menschen weiterzugeben, hat den Ratgeber "Die richtige Schmerztherapie" herausgegeben. Sie informiert Menschen mit starken chronischen Bewegungsschmerzen und Tumorschmerzen über die richtige Schmerztherapie. Außerdem wird erläutert, wie die richtige Schmerztherapie auch Wechselwirkungen von Medikamenten berücksichtigt und zu mehr Lebensqualität beiträgt. Informationen unter:

[www.schmerz60plus.de](http://www.schmerz60plus.de)

(Quelle: BAGSO-aktuell, Ausgabe 10/2010)

*Aus der Senioren-  
Vertretung der  
Stadtgemeinde Bremen*



### Prüfer/-innen stehen bereit

Schneller als erwartet konnte das Training für die ehrenamtlichen Prüfer/-innen der Aktion „generationenfreundliches Einkaufen“ (vgl. **Durchblick** 125) absolviert werden.



Qualitätszeichen  
„Generationenfreundliches Einkaufen“

Für die Verleihung des bundeseinheitlichen Gütesiegels an Geschäfte des Einzelhandels wird nämlich ohne genaue terminliche Ankündigung geprüft, ob die Voraussetzungen für die Zertifizierung erfüllt sind. Dazu liegt ein Kriterienkatalog vor, der in 7 Prüfkategorien aufgeteilt ist:

- Erreichbarkeit des Geschäfts
- Eingang/Zugang
- Mitarbeiter/Servicequalität
- Ladengestaltung
- Sortimentsgestaltung
- Service
- Kassengestaltung

Jede dieser Prüfkategorien enthält für die Bewertung unterschiedlich gewichtete Kernkriterien (A), Zusatzkriterien (B) und Bonuskriterien (C). Für die Verleihung des Gütesiegels, das 3 Jahre gilt und dann auf Wunsch erneut geprüft und erworben werden kann, muss eine Mindestpunktzahl, vor allem bei den A-Kriterien, erreicht werden. Da geht es im Einzelnen zum Beispiel um barrierefreie Zugänge, um Normbreiten bei Türen und Hauptgängen, zwischen Regalen und bei Kassendurchgängen, um Kundenfreundlichkeit der Mitarbeiter, um Markierung von Gefahrenquellen, um Ausschilderung, Schriftgrößen bei Preisschildern, Sitzmöglichkeiten und Toiletten oder um einen Hol- und Bringeservice. Insgesamt sind 58 Kriterien zu prüfen, deren Erfüllung allen Altersgruppen einen unbeschwerlichen und barrierefreien Einkauf garantieren soll.

(Fortsetzung auf Seite 6)

## Prüfer/-innen stehen bereit

(Fortsetzung von Seite 5)

Das Training wurde von Susanne Sermond aus der Geschäftsstelle des Einzelhandelsverbands Nordsee Bremen am Nachmittag des 15. Juni 2010 mit großem Engagement durchgeführt. Sie organisiert auch in Zukunft den Einsatz der Bremer Prüfergruppe und korrespondiert als Vertreterin des regionalen Einzelhandelsverbands mit dem Handelsverband Deutschland (HDE) in Berlin, der den Fragebogen mit den Prüfergebnissen einheitlich für alle Bundesländer auswertet und entscheidet, ob das Siegel vergeben werden kann. Teilnehmer am Training waren ehrenamtliche Helfer/-innen aus dem Kreis ihrer ehemaligen Arbeitskolleginnen und der Seniorenvertretung Bremen. Nach einer allgemeinen Einführung in das Projekt wurde der Kriterienkatalog durchgearbeitet. Mögliche Prüfsituationen wurden durchgesprochen und die Teilnehmer konnten noch bestehende Fragen klären.



Aufmerksame Zuhörer beim Prüfer-Training

Wird das Gütesiegel nach der ersten Begehung nicht vergeben, weil die A-Kriterien nicht erfüllt bzw. die Mindestpunktzahl nicht erreicht wurden, werden im Abschlussgespräch Vorschläge für Veränderungsmaßnahmen gemacht, so dass eine Nachprüfung der unerfüllten Kriterien doch noch zu einer Zertifizierung führen kann.

Es muss ganz deutlich gesagt werden, dass die Prüfungen nicht auf eine Konfrontation mit Einzelhändlern angelegt sind, sondern dass eine verständnisvolle, effektive Kooperation aller Beteiligten zur allgemeinen Verbesserung kundenfreundlicher Einkaufsmöglichkeiten führen soll.

Das Prüferteam wird stets aus zwei Teilnehmern bestehen. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung. Bis jetzt haben sich für diese ehrenamtliche Tätigkeit 12 Damen und Herren, die sich im Ruhestand befinden, bereit erklärt.

Um einen stets zügigen Prüfungseinsatz zu garantieren, werden allerdings noch mehr Mitwirkende benötigt. Deshalb bitten wir die Bremer Seniorinnen/Senioren, machen Sie mit und unterstützen Sie eine durchaus sinnvolle Aktion! GF

### Interessenten wenden sich bitte an:

Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen,  
Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen.  
Tel.: 0421-361 6769, E-mail:  
seniorenvertretung@soziales.bremen.de

### Endlich Reaktion des BM Gesundheit - aber was bringt sie uns?

Die Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV) in Berlin, Helga Walter, erhielt jetzt als Reaktion auf ihre Briefe an das BM Gesundheit (vgl. **Durchblick** 121, S.7) die Gelegenheit, um Kritikpunkte zur pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung der älteren Menschen zu klären. Sie wurde zu einem Gespräch mit der Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz eingeladen. Dabei ging es u.a.

1. um das Fehlen einer legitimierten Patientenvertretung. Dazu wurde erklärt, die Patientenfürsprecher hätten die Möglichkeit, die ihnen bekannten Probleme im Bundesgremium einfließen zu lassen. Damit die Patienten besser über ihre Rechte informiert seien und auf unangenehme Erlebnisse vor Ort reagieren können, soll eine unabhängige Patientenberatung durch eine Regelversorgung etabliert werden. Damit könnte auch verhindert werden, dass Patienten privat für etwas bezahlen, was in der Zahlungspflicht der Kassen liege.

Wie dürfen wir das verstehen? Mehr Beratungsaufwand, aber keine echte Mitwirkung der im Gesundheitswesen Betroffenen in Form einer Patientenvertretung.

2. um die größer werdenden Lücken in der medizinischen Versorgung durch Abwanderung der Ärzte in Regionen mit höherem Anteil von Privatpatienten. Dazu wurde

(Fortsetzung auf Seite 7)

## Endlich Reaktion des BM Gesundheit

(Fortsetzung von Seite 6)

angemerkt, das BM plane aufgrund der Veränderungen der finanziellen Lage bei Ärzten und Patienten eine Bedarfsplanung, die auf die Bedürfnisse in den Regionen eingehe. Sie sei allerdings nicht schnell abzuschließen. Das BM unterstütze nicht den Abzug von Zulassungen für die GKV wegen eines Ärztehauses, wenn dadurch eine Region nicht mehr versorgt sei.

Was sagt uns das? Geduld und Ideenreichtum sind gefordert. Na, denn!

- um den drohenden Ärztemangel. Es gibt Überlegungen, Studenten mit Anreizen für bestimmte Regionen zu gewinnen. Diese seien aber noch nicht ausgereift.

Letzterer Hinweis wird sich auf die Überlegungen beziehen; bezüglich der Studenten können wir nur hoffen, dass sie nicht schon vor der Approbation eingesetzt werden.

- um den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff. Er soll eingeführt werden. Zur Zeit beschäftigen sich Arbeitsgruppen der Ministerien „mit der finanziellen Unterersetzung der Bewertungsstufen“. Die BAG LSV erwartet, dass nicht alle neuen Begutachtungsstufen „ausfinanziert“ werden können, aber die Begutachtung nach den neuen Begutachtungskriterien in vollem Umfang geschieht, damit Betroffene und Angehörige wissen, welche Unterstützung nötig ist, welche Leistungen von der Pflegeversicherung abgesichert und welche anderen Hilfen abgedeckt werden müssen. Jeder Mensch müsse in der Lage sein, die Hilfe zu erhalten, die nötig ist.

Das stützt unseren Einsatz in Bremen für die Pflegestützpunkte, die relativ wohnortnah informieren und die rechte Versorgung initiieren.

- um die neue Gesundheitskarte. Die Technik ist so weit, dass einige Grunddaten der Patienten gespeichert und von Ärzten verwendet werden können. Es wäre gut, wenn die Seniorinnen/Senioren diese Karte befürworten könnten.

Das müsste wohl noch in den LSV gründlich geklärt werden. Das Thema „Kassenärztliche Vereinigungen“ wurde nicht weiter aufgegriffen. Man hofft auf neue Gespräche. Fazit aus unserer Sicht: Wenig ist immerhin mehr als gar nichts.

(Quelle: BAG LSV-Mitteilung v. 16.06.2010)

## Verlegung des ZOB am Breitenweg – Ende eines langjährigen Sicherheitsrisikos

Nachdem die Senioren-Vertretung viele Jahre die Konfliktsituation zwischen

desorientierten Busreisenden, genervten Fahrradfahrern und dem KFZ-Verkehr am ZOB-Breitenweg beanstandet hat, zeichnet sich nun eine Lösung ab, die schnell umgesetzt werden soll. Sie wurde von einem Arbeitskreis vorgeschlagen, dem neben der ZOB-Betreibergesellschaft und den zuständigen Behörden auch die Senioren-Vertretung angehört. Die „Gelegenheitsverkehre“ mit ihren Busreisegruppen werden künftig auf dem Hugo-Schauinsland-Platz vor dem Cinemaxx abgewickelt. Damit werden das Ein- und Aussteigen und Verladen von Gepäck für die Touristen, insbesondere für die älteren Menschen, erleichtert und sicherer. Die bisher dort haltenden Fernlinien mit ihrer geringeren täglichen Fahrzeugfrequenz werden an den Breitenweg verlegt. Einige Kosten fallen durch Neubeschilderung und eventuell den Bau einer überdachten Wartefläche für den Linienverkehr am Breitenweg an.

Weil die Bundesregierung zukünftig mehr nationale Busfernlinien zulassen will und dadurch der Fernlinienverkehr anwachsen wird, muss langfristig über einen neuen Standort für den gesamten ZOB nachgedacht werden.

(Quelle: Pressemitteilung der SPD v. 02.06.2010)

## Aus der Arbeit der Delegierten

### Aus Borgfeld

Seit vielen Jahren engagiert sich Karin Neumann-Mahlkau ehrenamtlich in der Seniorenarbeit.

Nachdem sie schon 1974 ihren Übungsleiterschein im Sportbereich und ihre Lizenz für Kinder- und Ju-

gendensport sowie für Frauenturnen und –spiele erworben hatte, wendete sie sich seit 1984 in Geretsried bei Wolfratshausen intensiv dem Seniorensport zu, aber immer mit Blick auf die Zusammenführung von Jung und Alt. So bildeten sich allmählich von ihr geförderte Omi-Kind-Freundschaften. 1992 zog sie nach Karlsruhe um, später dann nach Bremen.

Die Deputation für Soziales delegierte die

(Fortsetzung auf Seite 8)



**Karin Neumann-Mahlkau**

## Aus Borgfeld

(Fortsetzung von Seite 7)

Borgfelderin 2003 in die Senioren-Vertretung, in der sie ursprünglich in den Arbeitskreisen „Gesundheit“ sowie „Bauen, Wohnen, Verkehr“ mitgearbeitet hat. Dann wechselte sie aus dem AK „Gesundheit“ in den AK „Programme/Öffentlichkeitsarbeit“, wo sie die Funktion der stellvertretenden Sprecherin wahrnimmt. Somit decken jetzt die beiden Borgfelder Delegierten drei der vier AK's ab.

In Borgfeld pflegt sie insbesondere die Kontakte zu den älteren Bürgern, so dass sie, wenn nötig, unverzüglich deren Anliegen in die Senioren-Vertretung tragen kann. Die Mitgliedschaft im Bürgerverein und das gemeinsame Singen in der Kantorei mit sangesbegeisterten Seniorinnen/Senioren erleichtern ihr diese wichtige seniorenpolitische Arbeit. Außerdem gehört sie zu den Seniorinnen, die wöchentlich im Kindergarten vorlesen. Auf diese Weise fördert sie weiterhin die Begegnung zwischen den Generationen. Kein Wunder, dass sie auch die Kooperation von Jung und Alt zwischen dem Borgfelder Stiftungsdorf und der Grundschule am Saatland aufmerksam begleitet.

## Aus Obervieland

Carl-Heinz Meyer ist inzwischen mehr als 10 Jahre ehrenamtlich in der Senioren-Vertretung tätig. In seiner ersten Legislaturperiode (1992-96) war er vom Ortsamt Obervieland delegiert. Nach einer Pause vertritt er seit 2003 die AWO.



Carl-Heinz Meyer

2007 wurde er in den Vorstand der Senioren-Vertretung gewählt, auf dessen Sitzungen er engagiert seine Lebenserfahrungen und seniorenpolitischen Positionen einbringt. Außerdem setzte er sich bisher als SV-Vertreter mit Rederecht im Gesamtbeirat für die Seniorinnen/Senioren ein, der allerdings vor kurzem aufgelöst wurde.

Nun musste er in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Beiratsangelegenheiten wechseln, in dem für ihn als Gast aber nur eine sehr begrenzte Mitwirkung möglich ist.

Neben seiner Tätigkeit im Vorstand wirkt Carl-Heinz Meyer auch in den Arbeitskreisen „Bauen, Wohnen und Verkehr“ sowie „Politik“ mit. Hier sieht er ebenso wie im Ortsteil Obervieland die Schwerpunkte seiner seniorenpolitischen Arbeit in der Sorge dafür, dass die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Generationen für eine gemeinsame Zukunft in solidarischer Zusammenarbeit verbunden werden und Alt und Jung bei Problemen des demographischen Wandels aufeinander zugehen und gemeinsam nachhaltige Lösungen entwickeln.

*Aus dem  
Seniorenbeirat  
der Seestadt  
Bremerhaven*



Nach der letzten Beiratssitzung wird der Seniorenbeirat sich intensiver mit der Aktion „generationenfreundlicher Einkauf“ befassen. Die Sprecher der hiesigen (Geschäfts-) Werbegemeinschaften äußerten sich recht positiv zu den Wünschen und Anregungen für einen besseren "Kundenservice" in Bremerhaven. Auch der EHV ist involviert und unterstützt unser Vorhaben.



Gesprächsrunde im Ernst-Barlach-Haus

## Impressum

Der DURCHBLICK ist das Mitteilungsblatt der Landesseniorenvertretung Bremen, Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen, Tel.: (0421) 3 61 67 69 E-Mail: [Seniorenvertretung@soziales.bremen.de](mailto:Seniorenvertretung@soziales.bremen.de)

Der DURCHBLICK erscheint auch im Internet unter [www.bremen.de/senioren-vertretung-in-der-stadtgemeinde-bremen](http://www.bremen.de/senioren-vertretung-in-der-stadtgemeinde-bremen)

Redaktion: Gerd Feller (V.i.S.d.P), Franklinstraße 101, 28357 Bremen, Tel.: 274990

E-Mail: [gerd.h.feller@nord-com.net](mailto:gerd.h.feller@nord-com.net)

Karin Stieringer, Schwachhauser Heerstr. 361B, 28211 Bremen, Tel.: (0421) 23 18 15

Redaktionsschluss: der 25. des Monats, der dem Erscheinungstermin vorausgeht.